

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Donnerstag

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Geschäftsstellen in Oestrich (Otto Etienne), Markstraße 9 und Eltville (B. Fabian Witte), Ecke Gutenberg- und Leunachstraße.
Verantwortlich: Dr. Paul Franz Senke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Etienne-Deitrich; für Geschäftsliches und den Anzeigenteil: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Nr. 183 — 1919

7
August

Bezugspreis für das Vierteljahr 4.50 Mk., für den Monat 1.50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4.92 Mk., monatlich 1.64 Mk. mit Beleggeld, für Abholer monatlich 15 bzw. 14, vierteljährlich 45 bzw. 42 Pfg. billiger. — Anzeigenpreis: 35 Pfg. für die kleine Zeile, für ausw. Anzeigen 40 Pfg., Reklamazeile 2.00 Mk.; bei Wiederholungen entfällt Nachschlag. Schluss der Anzeigen-Aufnahme: für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr.
Postfach-Konto: Nr. 1832 beim Postamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

Einzelstaaten und Steuern

Von besonderer Seite werden der Zentral-Verl. Korrespondenz folgende Gedanken eines Steuerpolitikers unterbreitet. Wer gehen nicht sehr, wenn wir diesen Artikel als Fiktion betrachten. Man will sehen, wie das Volk, die Kommunen u. a. unter dieser Fiktion über die neue Steuerordnung denken. Wir bringen den Artikel zum Ausdruck, ohne mit der Feder den Gedanken einverleiben zu lassen.

Durch die Entwicklung hat das Reich das große Mandat erhalten, auf dem Gebiet der Steuerwesen führend zu sein. Alle wichtigen Steuern müssen in die Hände des Reiches kommen, da dieses 6-7 mal so großen Steuerbedarf haben wird, wie die Einzelstaaten. Damit aber ergibt sich logisch die zweite Frage: Soll nicht auch das Reich die Steuerverwaltung an sich nehmen? Die Verpfändung der Steuerverwaltung kann nicht mehr so fortbestehen. Mit den Verwaltungs- und Verwaltungsmaßnahmen von gestern können wir nie zum Ziele kommen. Dem scharfen Steuerzettel muß ein freier, ausgebauter, ansehnlicher, den neuen wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen gewachsener Beamtenapparat entsprechen. Dies ist um so notwendiger, als die Steuerreform im Krieges erhebt, als die Steuerreform im Krieges erhebt, als die Steuerreform im Krieges erhebt.

Die einzelstaatlichen Steuerbeamten hätten an n. B. nur auszuführen, was das Reich vorgegeben hätte. Damit aber diese Bestimmungen genau beobachtet würden, müßte ein umfassender Kontrollapparat geschaffen werden, der die einzelstaatliche Verwaltung kontrollieren müßte. Denn ein freies Wollenlassen geht angesichts der in manchen Bundesstaaten gemachten Erfahrungen nicht mehr an. Wäre ein solches System wirklich ein Gewinn für die Länder? Das Gegenteil ist wohl richtiger. Die einzelstaatlichen Verwaltungen würden die Überaufsicht stets als lästig empfinden. Das Kontrollsystem ist unserer Verfassung schon psychologisch verfehlt. Es führt zu zahlreichen Reibungen und Reibungen auf. Die aber schließlich zu Schäden, haben wir wirklich keinen Grund. Der ganze Apparat würde unendlich viel schwerfälliger, als er jetzt schon ist. Was wir aber brauchen, ist Vereinfachung, Klarheit, Rationalisierung auch in der Besteuerung- und Verwaltungstechnik. Selbst wo es ohne Reibungen abgehen würde, müßte die ständige Nachprüfung sehr lästig empfunden werden, denn die Nachprüfung müßte bis ins kleinste gehen. Gegenstände zwischen Reichs- und Staatsbehörden würden geschaffen, die heute nicht vorhanden sind. Und dann ein weiteres: Was soll geschehen, wenn ein Landesbeamter sich gegen die Reichsbestimmungen verhält, wenn er seinen Pflichten nicht genügt, kurz, wenn die Interessen des Staates nicht mit der nötigen Sorgfalt gewahrt werden? Soll das Reich das Recht der Bestrafung haben, oder soll der Einzelstaat auf Verlangen des Reiches gegen den Beamten vorgehen? Beides ist ein mehr als sonderbarer Zustand, der bald als untragbar empfunden werden würde. Eine Atmosphäre der Spannung, des gegenseitigen Mißtrauens zwischen Reichs- und Staatsbeamten wäre nur allzuleicht möglich. Und darunter müßte die ganze Verwaltung in einer unangenehmen Weise leiden. Die besten Beamten würden sich zurückziehen; auch würde passive Resistenz in einzelnen Fällen nur zu leicht vorkommen können. Den Schaden aber hätte dann die einzelstaatliche Einnahmeseite ebenfalls, wie die Reichsseite, und letzten Endes hätten die Steuerzahler die Mithal der beiden Beamtenkategorien schwer zu büßen.

So unangenehm es für die Einzelstaaten sein mag, wenn sie auf bisher übliche Rechte verzichten müssen, so würde eine Verwaltung der direkten Einnahmequellen durch das Reich materiell auch für einen großen Fortschritt bedeuten. Sie brauchen sich um die Steuerentnahmen fast nicht mehr zu kümmern. Sie würden ihre Anteile an den direkten Steuern erhalten, ohne Schwierigkeiten, ohne eigene Erhebungsstellen. Und da die Einnahmen voraussichtlich besser fließen würden, als bei der anderen Verwaltungsreform, so wäre auch dieser Gewinn nicht zu verachten. Der Einwand, daß die kulturellen Aufgaben darunter leiden würden, ist auch nicht richtig. Denn auch die Eigenverwaltung der Steuern durch die Einzelstaaten muß der Ertrag für diese beschränkt bleiben. Im übrigen aber würde das Reich die wirklichen Summen für Kulturzwecke zufließen lassen, als dies die meisten einzelstaatlichen Landtage zu tun

gewohnt waren. Wenn schon die kommunale Selbstverwaltung in einem Staat wie Preußen sich lebhaft nach der kulturellen Seite entfalten konnte, so werden die Staaten infolge ihrer verfassungsmäßigen Stellung erst recht auf dem umfangreichen Gebiet der Kulturaufgaben sich künftighin entfalten können. Was endlich die süd-deutschen Staaten anlangt, so hätten sie alle Veranlassung, einer einheitlichen Steuerverwaltung durch das Reich zuzustimmen. Denn dabei können die wirtschaftlich schwächeren Staaten nur gewinnen. Wird aus dem industriellen Norden durch eine gute Reichssteueranlage mehr herausgeholt, als durch eine einzelstaatliche Veranlagung zu erzielen gewesen wäre, so kommt das den Steuerzahlern des Südens zugute. Bei näherem Zusehen erkennt man, daß die Verwaltung des ganzen Steuerfiskus des Volkes durch das Reich die einfachste, wirksamste und rationellste Methode ist, die auch für die Einzelstaaten große Vorteile in sich birgt.

Friedensbedingungen für Ungarn

Budapest, 6. August. (Ungar. Korresp.) Am 2. August trafen sich Vertreter der ungarischen Regierung und des ungarischen Oberkommandos beim rumänischen Oberkommandanten General Mardarescu, um diesen den Wunsch der ungarischen Regierung zu übermitteln, daß das weitere Blutvergießen eingestellt und ein Waffenstillstand geschlossen werde. Am 3. August überreichte General Mardarescu den ungarischen Vertretern den Entwurf eines 11. Artikel-Abkommens, in dem das rumänische Oberkommando erklärte, auf die Befehle des Oberkommandos seienerseits die folgenden Bedingungen zu stellen: Ungarn hat alles an dem Gebiet des Landes befindliche Kriegsmaterial, mit Ausnahme des Materials, das zur Ausrüstung jener bewaffneten Kräfte notwendig ist, die Ungarn zu halten berechtigt sind, um im Lande die Ordnung aufrecht zu erhalten, auszuliefern. Dieses Material wird einschließlich der Offiziere den Stand von 15.000 Mann unter seiner Bedienung überstellt werden. Die Organisation, Ernährung, Ausrüstung und Unterbringung dieser Truppen wird vom rumänischen Oberkommando nachträglich bestimmt werden. Ferner hat alle ungarischen Festungen, die zur Verteidigung von Ausnahmestellen dienen, und Munition zu übergeben. Die Ausrüstung dieser Festungen wird durch rumänische Spezialisten und ungarische Arbeiter angestrichen. Rumänien darf keine Truppen von 300.000 Mann in Ungarn stationieren. In dem rumänischen Eisenbahnmateriale hat Ungarn 50 v. H. des in seinem Eigentum befindlichen Inventars zu übernehmen. Ferner hat 200 Tonsentautomobile und 400 Vakantomobile in gutem betriebsfähigen Zustand zu übergeben. In Rumänien und in Rumänien befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen; weiter 20.000 Waggons Getreide, 10.000 Waggons Reis sowie 5000 Waggons Gestein und Salz. Ungarn hat alle Ballerfahrzeuge zurückzugeben, die dem rumänischen Staat, rumänischen Gesellschaften oder rumänischen Staatsbürgern gehören haben, oder welche in Rumänien erworben wurden und jetzt in ungarischen Gewässern zu finden sind. Ueberdies hat Ungarn 50 v. H. der in seinem Eigentum befindlichen Wasserfahrzeuge aller Art abzuliefern. Alle rumänischen Kriegesgegenstände, Gelder und Wertgegenstände, welche Nationalität sie auch immer angehören, sind herauszugeben.

Republik Birkenfeld

ms. Birkenfeld, 5. August. Die von Landesauschuss in seiner Sitzung vom 19. Juli gewählte Kommission von vier Mitgliedern (Landtagsabg. Doerr, Jbar, Demofat), Obfeste und Landwirt Groß, Bergen (Bauernbund), Volkssekretär Jaber-Birkenfeld (Zentrum) und Volkssekretär Jaber-Jbar (Sozialdemokrat) hat sich laut Saarbr. Jta. am Montag nach Oldenburg begeben. Ihr angehängt haben sich drei Abgeordnete aus der Provinz (Oberamtsgemeinschaft Dattong, hiesiger stellvertretender Regierungspräsident, Ingenieur Jahnmaier-Dürkumühle und Landwirt Jahnmaier-Dürkumühle). Die provisorische Regierung der Republik Birkenfeld teilt dem Vorsitzenden des Landesauschusses mit, daß sie auf die Entsendung von Mitgliedern der provisorischen Regierung nach Oldenburg verzichte, da sie das Vertrauen in die Kommission habe. Daß diese die Birkenfelder Interessen voll und ganz vertreten werde. Sie verlangt, daß die später gebildete neue Regierung auf Veranlassung des Landesauschusses als erste Amtshandlung dafür Sorge trage, daß die Staatsregierung eine sofortige Amnestie erlasse, für sämtliche an der Ausübung der Republik Birkenfeld direkt oder indirekt beteiligten Personen, so daß eine strafrechtliche Verfolgung ausgeschlossen sein wird. Sie teilt ferner mit, daß sie am dem Tage, an dem der Landesauschuss die Neubildung der Regierung vorgenommen hat, ihre von der französischen Militärverwaltung anerkannten Befugnisse in die Hand des Landesauschusses zurücklegen und dann ihre Aufgabe für vollendet ansehen werde. Schließlich verlangt die provisorische Regierung von der in Oldenburg befindlichen Kommission, daß sie täglich über die Verhandlungen telegraphisch Bericht erstatten werde. Gleichzeitig gibt die provisorische Regierung bekannt, daß sie sich um drei weitere Mitglieder ergänzt hat, die von dem französischen Militärverwaltung als Mitglieder der provisorischen Regierung bestätigt worden sind.

Der parlamentarische Beirat für das beehrte linforheinische Gebiet

Dem parlamentarischen Beirat gehören an: sieben Vertreter des Zentrums, vier Sozialdemokraten, drei Demokraten, zwei Nationalisten der Deutschen Volkspartei, ein deutschnationaler und unabhängiger Sozialdemokrat.

Vom Zentrum sind es die Abgeordneten Staatssekretär a. D. Gebhardt Trimborn (Antel am Rhein), Stellvertreter Oberbürgermeister Jbar (Wachen), Landwirt Blum (Kreisel), Stellvertreter Genossenschaftsdirektor Legende (Trier), Gewerkschaftssekretär Bergmann (Köln), Stellvertreter Schriftleiter Jbar (W. Gladbach), Professor Dr. Koss (Trier), Stellvertreter Kaufmann Kaden (Gladbach), Geheimer Justizrat Dr. Schmitt (Mainz), Stellvertreter Arbeitersekretär Knoll (Mainz), Kreisbauinspektor Schultze (Kreisel), Stellvertreter Dozentenmeister Müller (Neuwied), Oberlehrer Hofmann (Koblenz), Stellvertreter Gutsherr Sieber (Deidesheim). Von der Sozialdemokratie gehören dem Beirat an: Parteisekretär Probst (Koblenz), Engelmann (Mainz), Redakteur Seering (Kreisel) und Redakteur Hoffmann (Köln). Von der Deutschen Demokratischen Partei: Rechtsanwalt Justizrat Jbar (Köln), Chefredakteur Jbar (Koblenz) und Fabrikant Dr. Jbar (Koblenz). Stellvertreter Rechtsanwalt Dr. Jbar (Koblenz), Oekonomierat und Bürgermeister Jbar (Koblenz) und Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Schloßmann (Koblenz). Von der Deutschen Volkspartei: Stellvertreter Finanzminister Dr. Jbar (Koblenz) und Universitätsprofessor Dr. Jbar (Koblenz). Stellvertreter Jbar (Koblenz), Direktor Dr. Jbar (Koblenz) und Justizrat Jbar (Koblenz). Die unabhängigen Sozialdemokraten sind durch Frau Agnes (Koblenz) vertreten. Den Namen des Stellvertreters der deutschnationalen haben wir bisher noch nicht erfahren können.

Aufgehobene Beschränkungen

ms. Berlin, 5. August. Der Reichswirtschaftsminister hat im Zusammenhang mit der bevorstehenden amtlichen Notierung schwerwiegendster Wertpapiere nunmehr die noch bestehenden Beschränkungen für die Notierung von Wertpapieren mit Wirkung ab 10. August aufgehoben. Somit sind die während des Krieges verordneten Beschränkungen in den Mitteilungen von Wertpapierpreisen und in den Mitteilungen von Wertpapieren aufgehoben, ohne Unterschied, ob es sich um Kurse handelt, die an der Börse amtlich festgelegt werden, oder um nicht amtlich festgelegte Kurse. Für diese ganze Frage sind von jetzt ab also wieder ausschließlich die Bestimmungen des Börsengesetzes maßgebend. Im Zusammenhang mit der Aufhebung der Beschränkungen des Reichsfinanzministeriums über die Übertragung ausländischer Wertpapiere auf das Reichsfinanzministerium damals in einzelnen bezeichneten Wertpapieren verboten. Dieses Verbot bleibt bestehen.

Überblicken

ms. Breslau, 5. August. Die „Voll. Jta.“ meldet: Zur Beratung der obersten Parteifrage hatten sich am Montag Vertreter aller Parteien Ober-Schlesien auf Einladung des zentralen Volksrates in Breslau versammelt. Es wurde die durch die Annahme des § 18 der Verfassung für Ober-Schlesien geschaffene Lage besprochen. Alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten einigten sich dahin, die alsbaldige Schaffung einer selbständigen Provinz Ober-Schlesien bei der möglichen Stellen mit allen Mitteln zu betreiben.

Die Friedensfrage 1917

London, 6. Aug. Auf eine Anfrage betr. die Erzbergerischen Erklärungen über das Friedensangebot 1917 antwortete Harmsworth im Unterhaus, daß Erzberger die Tatsache nicht richtig dargestellt habe. Harmsworth gab eine Übersicht über die damaligen Ereignisse und erklärte, es sei deutlich, daß die englische Regierung f. J. keine Annäherung an Deutschland veranlaßt habe.

Die Arbeiterfrage beim Wiederaufbau

Berlin, 6. Aug. Die Werbung, daß für den Wiederaufbau Nordfrankreichs Arbeiter durch Zwang aufgeboten werden sollten, entwirrt, wie uns an zuständiger Stelle berichtet wird, nicht den Tatsachen. Die Regierung ist ihrerseits mit den verschiedenen Arbeiterverbänden in unverbundener Verbindung und Beratungen getreten, die natürlich die Stellung von Arbeitskräften nur in dem allein möglichen, d. h. durchführbaren und menschenwürdigen freien Arbeitsverhältnis dorsehen. Ein einseitiger Beschluß ist aber noch nicht gefaßt worden. Ein solcher dürfte erst nach der Bildung des Reichskommissariats für Wiederaufbau und nach Ernennung des betreffenden Reichskommissars gefaßt werden. — Es erscheint befremdend, daß die Regierung in dieser trennenden Frage, mag der Hinderungsgrund an einer verknüpften Bildung eines beratenden Reichskommissariats liegen oder nicht, sich als noch nicht beschlußfähig erachtet.

Neuer Kredit von sechs Milliarden

ms. Berlin, 6. August. Der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf zugegangen zur vorübergehenden Vertretung der ordentlichen Reichsbank der Reichsbank für 1919. Der Finanzminister wird dadurch ermächtigt, weitere sechs Milliarden durch Bankemissionen auszugeben. Dieser neue Kredit wird damit begründet, daß im Laufe des zweiten Vierteljahres des Rechnungsjahres 1919 die auf Grund des früheren Kredits ausgegebenen Schatzanweisungen noch und nach zur Einlösung kommen müßten, wofür aber nur drei Milliarden zur Verfügung stünden.

Die Einschränkungen im Jngverkehr

Berlin, 6. Aug. Die angelegten Einschränkungen im Jngverkehr werden demnach. Der Minister hat die Eisenbahndirektoren angewiesen, eine Anzahl von Jagen für den Personenzugverkehr am 15. August ausfallen zu lassen. In erster Linie kommen für die Einschränkungen die Jage in Betracht, die mit dem Inkrafttreten des Sommerfahrplans am 1. Juni neu aufgenommen worden konnten. Der Ausfall wird vor allem die Schnellzüge betreffen. Aber auch eine Einschränkung der Personenzüge, sowie des Sonntagsverkehrs dürfte sich nicht umgehen lassen. Es fallen wohl auch Schlaf- und Speisewagen wiederum weg. Der Umfang der Einschränkungen im einzelnen hängt von der Betriebslage ab, man hofft immer noch auf eine Besserung.

Raffinenleistungen bei der Reichswehr

Berlin, 6. August. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages muß die Reichswehr drei Monate nach der Ratifikation des Vertrages auf 200.000 Mann herabgesetzt sein. Infolgedessen wird sich demnach wahrscheinlich die Notwendigkeit ergeben, Raffinenleistungen in der Reichswehr vorzunehmen. Es kommen hier ungefähr eine halbe Million Mann in Betracht. Das Problem, wie man diese zur Entlassung gelangenden Angehörigen der Reichswehr in bürgerliche Berufe unterbringt, beschäftigt gegenwärtig das Reichswehr-Gruppenkommando. Es hat ein besonderes Arbeitsvermittlungsbüro eingerichtet, in dem Beamte der Gewerkschaften tätig sind.

Die Organisation des neuen Heeres

Berlin, 6. August. Durch die Verfassung ist die Heeresverwaltung auf das Reich übergegangen. Verwaltungsbefugnisse und Kommandogewalt liegen den Gliedstaaten nicht mehr zu. Bis zum 1. Oktober wird aus den Ministern der Gliedstaaten und geeigneten sonstigen Militärbehörden das Reichswehrministerium gebildet. Die Generalinspektion des Reichswehrbereichs wird umgewandelt werden. An die Spitze der bisherigen preussischen Kriegsminister Dr. Jbar, für Bayern Generalmajor v. Jbar, für Sachsen Generalmajor v. Jbar, für Württemberg Oberstleutnant Jbar.

Keine Hoffnung auf Weltrevolution

ms. Berlin, 6. Aug. Zu dem Umsturz in Budapest meldet der Sonderberichterstatter der „Voll. Jta.“ u. a., daß Bela Kun sich seit Mitte Juli wiederholt mit der Bitte um militärischen Beistand an die Moskauer Regierung gewandt, dieser die Lage und die ungarischen Verhältnisse dargelegt habe und insbesondere betonte, daß innerhalb der russischen Kommunisten selbst sich eine Sezession bemerkbar mache, die schließlich auf den freiwilligen Rücktritt der Budapest kommunistischen Regierung hinarbeiten werden. Daraufhin sei aber von Moskau eine klare Abfuhr erfolgt mit der Begründung, die russische Rotregierung sei von nun an nicht mehr gewillt, sich in fremde Staatsangelegenheiten zu mischen. Man scheint in Budapest diese Abfuhr und ihre Begründung mit Recht dahin gedeutet zu haben, daß man in Moskau an eine bolschewistische Weltrevolution nicht mehr glaube. Jedenfalls dürfte der Abbau der kommunistischen Weltordnung, den man in Moskau gegenwärtig vorbereiten scheint, die Hauptursache des jüngsten Budapest Umsturzes gewesen sein.

1800 Millionen für die Handelsflotte

ms. Paris, 6. August. Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf vor, der einen Kredit von 1800 Millionen Frs. für den Wiederaufbau der französischen Handelsflotte gewährt.

Die ungarischen Staatsschulden

Bien, 4. August. Die ungarischen Staatsschulden betragen bei Kriegsende rund 48 Milliarden und erhöhen sich bis zum Beginn der Rotregierung eine Vermehrung von rund 6 Milliarden. Welche Steigerung seither erfolgte, ist noch nicht bekannt.

30 Milliarden Fehlbetrag

Stockholm, 4. August. Nach dem Wahl-„Ökonomiska Skilda“ („Wirtschaftsleben“) schließt der Staatshaushaltsvoranschlag 1920-21 für das erste Halbjahr mit einem Fehlbetrag von 30 Milliarden Rubel ab. Von den 31 Milliarden Ausgaben entfallen 18 Milliarden auf die Arme, auf den Unterhalt 3,8 Milliarden, auf die soziale Fürsorge nur 1,5 Milliarden. Das Verhältnis der militärischen Aufwendungen zum Gesamtbudget ist demnach größer als unter dem Vorherrscher, für kulturelle Leistungen gleich mangelhaft.

Eine bemerkenswerte Rundgebung der inaktiven Unteroffiziere

Berlin, 5. August. Auf der am Sonntag erscheinenden Tagung des Verbandes inaktiver Unteroffiziere erregten besonders Interesse die Ausführungen, die über die Ziele des Verbandes gemacht wurden. Der Berichtshatter führte u. a. aus: Die Aufgabe des Verbandes ist es, für alle zu sorgen, die durch den Frieden aus dem Heere entlassen werden müssen. Wir wollen keine Arbeitslosenunterstützung, sondern Arbeit und untere Unterhalt wieder aufbauen. Wir verpflichten uns, unsere angehenden Kameraden in Frankreich abzuholen und sind bereit, uns als freie Arbeiter nach Nordfrankreich zu melden. Wir wollen aber den Arbeitsnachweis selbst in die Hand nehmen. Weiter wurde gefordert, daß der Reichswehr keine Mannschaften unter 20 Jahren anzuheben dürfen. Diese Leute sollten nicht entlassen werden, sondern müßten sich verpflichten, in die Bergwerke zu gehen, um dort am Wiederaufbau des Vaterlandes zu helfen. Auch in der Nord- und Ostmark und in der Innensicherheit seien viele Menschen unterzubringen. Die Leute müßten zur Arbeit erzogen werden und nicht zum Hungern, wie es jetzt durch das Arbeitslosentum unserer Regierung geschehe. Diesen Ausführungen wurde von allen Rednern ausgetraut.

...

